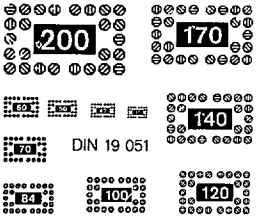


Gedenkstunde
des
Deutschen Bundestages
am 17. Juni 1989

17. JUNI

Stenographischer Bericht
der Sitzung des Deutschen Bundestages
am 17. Juni 1989
zum Gedenken an den 17. Juni 1953

mit der Ansprache von
Dr. Dr. h. c. Erhard Eppler
Bundesminister a. D.

und einem Vorwort von
Prof. Dr. Rita Süssmuth
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Titelfoto:
Am 17. Juni 1953 holen Demonstranten die rote Fahne vom Brandenburger Tor.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn
Bibliothek

A 91-4327

Herausgeber:
Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Bonn 1989

Titelfoto:
Ullstein, Berlin

Fotos:
Bundesbildstelle, Bonn (2)

Gesamtherstellung:
SZ Offsetdruck-Verlag
Sankt Augustin

Vorwort

Die Präambel unseres Grundgesetzes stellt hohe Anforderungen. In ihr wird der Wille, die nationale und staatliche Einheit zu wahren, mit dem Ziel verbunden, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen." Die Aufforderung, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", ist auch 40 Jahre nach Errichtung der beiden Staaten in Deutschland ein für uns verbindlicher Auftrag.

In Europa gewinnt die Vision einer demokratischen Umgestaltung und einer gesamteuropäischen Friedensordnung immer stärkere Konturen. Zusammenarbeit, nicht Konfrontation heißt das Gebot der Stunde. Diese Zusammenarbeit verpflichtet uns auch zur Solidarität mit den Deutschen, denen Freiheit, Freizügigkeit und Selbstbestimmung bis heute vorenthalten werden.

In der jährlichen Erinnerung an den Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR vom 17. Juni 1953 drückt der Deutsche Bundestag seine Solidarität mit den Landsleuten in der DDR aus, die an diesem Tag mit ihrem Streben nach Freiheit vorläufig gescheitert sind.

Die Rede, die Herr Bundesminister a. D. Dr. Erhard Eppler am 17. Juni 1989 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages gehalten hat, fällt in eine neue Ära der West-Ost-Beziehungen und der systemöffnenden Zusammenarbeit. Dies mag auch das lebhafte Interesse erklären, auf das die Rede im Ausland gestoßen ist. Sie unterstreicht die Aufgabe des Deutschen Bundestages, Sprachrohr aller Deutschen zu sein, Gemeinsamkeiten in den Grundfragen der Deutsch-

landpolitik zu bewahren und dort um Gemeinsamkeit zu ringen, wo Streit im Zusammenhang mit unserer nationalen Frage besteht.

Wichtig ist: Der Wunsch der Deutschen nach Überwindung der Teilung ist gegen niemanden gerichtet. Unsere Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik. Der Deutsche Bundestag bleibt der wichtigste Ort, an dem um Fortschritte in der Deutschlandpolitik gerungen wird. Die Gedenksitzung vom 17. Juni 1989 und die Rede von Erhard Eppler, die in allen Fraktionen unseres Parlaments auf breite Zustimmung gestoßen ist, sind hierzu ein wichtiger Beitrag.

Rita Süssmuth

Prof. Dr. Rita Süssmuth

DEUTSCHER BUNDESTAG
11. WAHLPERIODE

Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953

Bonn, den 17. Juni 1989

DEUTSCHER BUNDESTAG
Stenographischer Bericht
Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953

Gedenkstunde

Bonn, Samstag, den 17. Juni 1989

Präsidentin Dr. Süssmuth:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Deutschen Bundestages, in der wir des 17. Juni 1953 gedenken.

Auf der Ehrentribüne hat der Herr Bundespräsident Platz genommen, den ich sehr herzlich im Deutschen Bundestag begrüße.

(Beifall)

Auch dem Redner dieser Gedenkstunde, Herrn Bundesminister a. D. Dr. Erhard Eppler, gilt mein besonderer Gruß.

(Beifall)

Unsere heutige Gedenkstunde, in der wir uns zum 36. Mal an den Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR im Jahre 1953

erinnern, fällt in eine bewegte Zeit, ja in eine neue Ära der West-Ost-Beziehungen. Der Abrüstungsdialog zwischen West und Ost ist in eine intensivere Phase getreten, die uns greifbare Resultate verspricht.

In diesem Prozeß gewinnt die Vision einer demokratischen Umgestaltung und einer gesamteuropäischen Friedensordnung immer stärkere Konturen. Zusammenarbeit, nicht Konfrontation heißt das Gebot der Stunde. Aber gerade jetzt können und dürfen wir nicht darauf verzichten, an den 17. Juni 1953 zu erinnern.

Erinnern heißt zum einen sich vergewissern, nüchtern und redlich. Es heißt zum anderen, Konsequenzen zu ziehen für unser Handeln, uns Klarheit darüber zu verschaffen, worin unsere Aufgaben heute und morgen bestehen. Und es heißt ferner, Solidarität zu üben, vor allem mit jenen, die damals mutig gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufbegehrten, aber in gleicher Weise mit jenen, die heute als einzelne und in Gruppen für Freiheit, für mehr Bürgerrechte mit außergewöhnlichem Mut eintreten. Wir schulden ihnen mehr als die solidarische Unterstützung im Rahmen dieser Gedenkstunde. Was sie von uns vor allem erwarten können, ist unser Einsatz für Freiheit, Freizügigkeit und Selbstbestimmung.

(Beifall)

Wir denken am 17. Juni an alle, die mit ihrem Streben nach Freiheit vorläufig gescheitert sind, die — damit ihr Einsatz nicht umsonst war — einen moralischen und politischen Anspruch auf Erinnerung haben. Vergessen wir nicht, daß diejenigen, die sich erinnern dürfen, eine besondere Verpflichtung haben. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Deutschen. Es gilt gerade auch angesichts der brutal niedergeschlagenen Forderungen nach mehr Freiheit in China.

(Beifall)

Doch die Zukunft gehört nicht den Unterdrückern der Freiheit. Die Zukunft gehört dem freien Austausch von Meinungen und Ideen. Die Zukunft gehört der Begegnungsfreiheit der Menschen in Ost und West. Sie gehört der Demokratie, den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

(Beifall)

Hierbei helfen uns das Gefühl und die Arbeit für Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West. Es zeigt, daß die deutsche Teilung unnatürlich ist und daß das Verlangen der Deutschen nach Freiheit und Selbstbestimmung ungebrochen bleibt. Betonmauern, Sperrzäune und Stacheldraht quer durch Deutschland sind ein Anachronismus; in einer neuen Ära der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa diskreditieren sie sich selbst.

Nicht nur die Verfassung, die Verhältnisse selbst drängen und verpflichten uns, an der ungelösten deutschen Frage weiterzuarbeiten, nicht Ruhe zu geben, bis der Eiserne Vorhang zwischen West und Ost verschwindet.

(Beifall)

Aber reden und handeln wir so, daß Öffnung, Dialog und Kooperation zu den gesetzten Zielen führen können! Verlassen wir die Ebene der Formeln; denn notwendig ist harte und langwierige Arbeit.

(Beifall)

Es bleibt die Aufgabe dieses Hauses, Sprachrohr aller Deutschen zu sein, Gemeinsamkeiten in den Grundfragen der Deutschlandpolitik zu bewahren, dort um Gemeinsamkeit zu ringen, wo sie im Streite ist, und uns gemeinsam und beharrlich für mehr Freizügigkeit, für noch mehr Besuche und Begegnungen hinüber und herüber in Deutschland einzutreten. Indem wir die Entwicklung zu einer gesamteuropäischen Friedensord-

nung vorantreiben, dienen wir einer Zukunft, in der auch Deutschland seine Einheit wiederfinden kann.

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Bundesminister a. D. Herr Dr. Eppler.

(Beifall)

Bundesminister a. D. Dr. Erhard Eppler; Ansprache im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Dr. Dr. h. c. Erhard Eppler,
Bundesminister a. D.

Herr Bundespräsident! Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, zum Deutschen Bundestag zu sprechen, dem ich 15 Jahre anzugehören die Ehre hatte, und ich bedanke mich für das ungewohnte, belastende Privileg, zu Parlamentariern zu sprechen, die mir nicht sofort antworten können. Ich will mich bemühen, dieses Privileg nicht zu mißbrauchen. Ich stehe, wenn dies gewünscht wird, in den nächsten Wochen allen Fraktionen dieses Hauses zur Diskussion zur Verfügung.

Ich freue mich, daß ich vor Ihnen das Thema wieder aufgreifen darf, das mich vor vier Jahrzehnten in die Politik getrieben hat, das über Nacht wieder drängender, brisanter geworden ist und uns mehr denn je verbindliches Reden abverlangt.

Wir haben schrille Töne aus Ländern gehört, denen wir uns freundschaftlich verbunden wissen. Verwundert und verwirrt sehen wir uns mit Angstträumen konfrontiert, die mit unseren Hoffnungen nichts zu tun haben. Ein Gesamtdeutschland, dem Westen abgewandt, der europäischen Bindung müde, im Bunde mit der Sowjetunion auf dem Weg zur ökonomischen Hegemonie in Zentral- und Osteuropa, ein Viertes Reich aus der Asche der NATO erstehend — solche Befürchtungen sind offenbar auf einem anderen Stern angesiedelt als unsere Hoffnungen.

(Beifall)

Sie haben auch nichts zu tun mit dem Willen derer, die heute vor 36 Jahren auf die Straße gingen.

Wie kommen ernsthafte Kommentatoren ausgerechnet jetzt zu solchen Visionen? Jetzt, am Ende der achtziger Jahre, lokkern sich überall ideologische Bindungen, nationale Bindekräfte und Antriebskräfte werden wirksamer. Der Marxismus-Leni-

nismus hat nationale Konflikte nicht überwinden, er hat sie nur aufstauen können.

Polen und Ungarn besinnen sich auf ihre nationalen Traditionen. Nationale Spannungen drohen Jugoslawien zu sprengen. Die baltischen Völker pochen auf Eigenständigkeit. Nationale Konflikte am Kaukasus und am Kaspischen Meer streifen den Rand des Bürgerkrieges. Es brechen also auch nationale Gegensätze auf, die schon in den Nationalstaaten des letzten Jahrhunderts angelegt waren. Das gilt auch für Westeuropa, für Flamen und Wallonen, Schotten und Iren, Basken und Bretonen.

Ich teile die Meinung derer, für die es in einer Welt der Ozonlöcher, der sterbenden Meere und Wälder Wichtigeres gibt als nationale Wünsche oder gar Vorurteile.

(Beifall)

Aber wir werden auch das menschenwürdige Überleben aller nur erreichen, wenn wir die ganze Wirklichkeit, also auch nationale Realitäten im Blick haben.

Roman Herzog hat vor einem Jahr an dieser Stelle Martin Walser so interpretiert, daß „eine gewisse Identifizierung mit dem Volk, in das man hineingeboren ist, zu den natürlichen Bedürfnissen und Regungen der meisten Menschen gehöre". Ich füge hinzu: Wo solche Identifikation verwehrt wird oder mißlingt, können andere, gefährlichere das emotionale Vakuum füllen, wie wir sie bei Jugendsekten oder auch in Fußballstadien beobachten. Die Alternative zu nationalen Loyalitäten ist keineswegs die uneingeschränkte Herrschaft der Vernunft.

Neu — und für mich ermutigend — ist, daß nationale Identifikation sich heute nicht mehr notwendig an Nationalstaaten festmachen, auch nicht auf den Nationalstaat zielen muß, daß sie oft an weit ältere Bindungen anknüpft. Es könnte sogar sein, daß die europäischen Nationalstaaten von zwei Seiten her ero-

dieren: von der Europäischen Gemeinschaft her und, gewissermaßen von unten, von den regionalen Traditionen, Sprachen, Dialekten und Kulturen her.

(Beifall)

Daher tun wir gut daran, uns wie Roman Herzog an Ernest Renans pragmatischen Begriff von Nation zu halten. Nation als „plébiscite de tous les jours", das sagt längst nicht alles, was zum Thema Nation zu sagen wäre. Aber es verweist auf das politisch Entscheidende: Zu einer Nation gehört, wer sich dazu bekennt, solange er sich dazu bekennt.

Nation ist nichts Unzerstörbares, Nationen werden und vergehen, aber eben nicht durch Beschlüsse von Gipfelkonferenzen oder gar Parteitagen.

(Beifall)

Bezogen auf uns Deutsche: Zu unserer Nation gehört, wer sich dazugehörig fühlt. Und dieses Gefühl, zusammenzugehören, ist nach wie vor lebendig, in der DDR sogar stärker als in dieser Republik.

Es gibt einen Unterschied zwischen dem, was heute etwa im Baltikum oder in Jugoslawien brodelt, und dem, was in Deutschland geschehen könnte. Ob Slowenen, Serben und Kroaten in einem Staate leben wollen, ist allein ihre Sache. Die Wände, die sie allenfalls zwischen sich aufrichten können, berühren nicht die Statik des europäischen Hauses. Die häßliche Wand aus Eisen und Beton, die durch Deutschland gezogen wurde, hat mehr mit der Statik dieses europäischen Hauses zu tun, als uns lieb ist. Wer sie abreißen will, muß die Statik des ganzen Hauses neu durchrechnen, möglicherweise das ganze Haus umbauen. Was aus Deutschland wird, interessiert alle Europäer.

So wie wir unsere Nachbarn bitten müssen, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Deutschen noch immer tagtäglich füreinander

votieren, so dürfen wir Deutschen keinen Augenblick vergessen: Es gibt wesentlich mehr Europäer, die an der Teilung Deutschlands festhalten wollen, als solche, die mit dem politischen System der DDR sympathisieren. Natürlich hat die Existenz der DDR etwas mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu tun, unabhängig davon, wer sie regiert. Die Abneigung der Polen gegen eine gemeinsame Grenze mit einem gesamtdeutschen Staat wird nicht in dem Maße abnehmen, wie der katholische Einfluß auf die polnische Politik zunimmt.

(Heiterkeit)

Und was wir aus Frankreich, Italien oder Großbritannien hören, deutet nicht darauf hin, daß man die ohnehin labile Balance in Westeuropa gestört sehen will. Auch in den Vereinigten Staaten ziehen einflußreiche Gruppen jede Form der deutschen Teilung jeder Form der Einheit vor.

Trotzdem scheint sich in der Führung der DDR so etwas wie Existenzangst breitzumachen. Auch das ist nur allzu verständlich. Polen oder Ungarn sind tausend Jahre älter als die dort herrschenden Staatsparteien. Die DDR ist nicht älter als die SED, sondern jünger. Die Existenz der DDR wurde und wird begründet in der Sprache der Staatspartei, in sozialen, ideologischen, nicht nationalen Kategorien. Perestroika in einer DDR, die immer dem natürlichen Sog des größeren, reicheren, freieren deutschen Staates ausgesetzt sein wird, ist in der Tat schwieriger und gefährlicher als anderswo. Sie ist riskanter, aber eben nicht weniger nötig.

(Lebhafter Beifall)

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn jetzt, wo nationale Wellen über Europa hinwegziehen, unsere Nachbarn wieder darüber rätseln, was wir Deutschen wollen. Wir haben bisher nicht präzise und detailliert genug sagen können, was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet

durchrostet. Vielleicht werden wir es nie so genau sagen können, daß dies alle beruhigt.

Aber eines können wir heute schon sagen: Es gibt zwischen allen politischen Kräften dieses Hauses in der Deutschlandpolitik mehr Konsens als Kontroverse, auch wenn dieser Konsens notwendig stiller und unauffälliger ist als der Streit. Jedenfalls erscheint mir, was ich jetzt aufliste, als Konsens einer überwältigenden Mehrheit der demokratischen Kräfte:

Erstens. Die Deutschen haben, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung. Es ist nicht verwirkt, auch nicht durch das, was Deutsche Europa angetan haben.

Zweitens. Dieses Recht ordnen wir den Erfordernissen des Friedens unter. Diese haben immer Priorität. Was die Deutschen wieder näher zusammenbringen soll, muß dem Frieden in Europa dienen, ihn fördern; es darf ihn nicht gefährden.

(Beifall)

Drittens. Wir treiben Deutschlandpolitik als Europäer, in europäischer Verantwortung. Wir wollen mit unseren Nachbarn ein Europa bauen, in dem die Deutschen wieder zusammenrücken können.

Viertens. Dies schließt einen deutschen Sonderweg aus. Bündnisfreiheit, Neutralität war ein Thema der frühen fünfziger Jahre. Es hat sich erledigt durch die normative Kraft des Faktischen.

Fünftens. Wo wir in Potentialen denken, in ökonomischen, politischen oder gar militärischen, denken wir europäisch. Die Zeiten nationaler Machtpolitik in Europa sind für uns unwiderruflich zu Ende.

(Beifall)

Sechstens. Freiheit geht vor Einheit. Das hat für alle Fraktionen dieses Hauses immer bedeutet, daß Einheit in Unfreiheit nicht in Frage kommt. Aber es heißt heute auch: Mehr freie Entfaltung und Mitsprache für die Menschen in der DDR begrüßen wir auch dann, wenn sie deren Loyalität zum anderen deutschen Staat stärken und damit diesen Staat stabilisieren.

(Beifall)

Auch die Bauarbeiter in der Stalinallee wollten zuerst einmal mehr Freiheit und menschlichere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Siebtens. Wir sind ein durch und durch westliches Land geworden. Unsere politische Kultur ist und bleibt westlich geprägt. Auch wer unter uns überzeugt ist, daß unsere Demokratie noch längst nicht am Ende ihrer Möglichkeiten ist, pocht auf den westlichen Wertekatalog. Wo neue Bewegungen gegen Naturzerstörung oder Rüstungswahn demonstrieren, tun sie dies in den Formen westlicher Bürgerrechtsbewegungen.

Achtens. Die Geschichte hat uns Deutschen keine besondere Mission verliehen, aber die Geographie stellt uns vor besondere Aufgaben. Wir wandern nicht zwischen beiden Welten, aber die beiden Blöcke, mögen sie für die Supermächte den Reiz überschaubarer Einflußzonen haben, sind für uns als Mitteleuropäer nur ein zeitweise notwendiges Übel.

(Beifall — Zuruf: Nicht akzeptabel!)

Neuntens. Die NATO ist gegründet worden, damit vor allem die Westeuropäer so leben können, wie sie leben wollen. Eine Überwindung der Blöcke, die eben dies sicherstellt und möglicherweise den übrigen Europäern endlich die Chance eben dazu gibt, ist für uns kein Schreckbild, sondern die Rückkehr zur europäischen Normalität.

(Beifall)

Zehntens. Wenn die beiden Teile Europas zusammenwachsen, müssen auch die beiden Teile Deutschlands zusammenwachsen, aber eben so, daß das Zusammenwachsen Europas dadurch nicht gestört oder gar blockiert wird.

Wenn all dies — bei Unterschieden in der Interpretation —, politischer Konsens ist, aus dem natürlich die Rechtsradikalen herausfallen, dann fragt sich, was wir falsch gemacht haben, wenn jetzt das Gespenst eines hegemoniesüchtigen deutschen Nationalstaats neu belebt werden kann.

Vielleicht hat dies zu tun mit dem Abstand zwischen Grundsatzerklärungen und Fernzielen auf der einen, der praktischen Politik auf der anderen Seite. Diese Kluft hat es immer gegeben, aber sie ist heute gefährlicher als früher. Es gab Zeiten, da ließ man die Deutschen deklamieren, weil man sicher war, daß daraus keine politische Realität würde. Es lohnte sich nicht, zu widersprechen: Zustimmung, wenn Ablehnung gesichert.

(Heiterkeit)

Diese Zeiten sind vorbei. Das Gespenst der gesamtdeutschen Großmacht geht um, und nicht nur in Europa.

Niemand kann die deutsche Zukunft so auf dem Reißbrett entwerfen, daß kein Raum für Zweifel und Argwohn bliebe. Wie soll unser Verhältnis zur DDR in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem beschaffen sein? Wie könnte eine deutsche Föderation innerhalb einer europäischen aussehen?

Von daher verstehe und respektiere ich die Mitglieder dieses Hauses, die reinen Tisch machen, das Thema der deutschen Einheit endgültig von der politischen Tagesordnung streichen wollen. Ihre Haltung gründet gewiß in europäischer Friedensverantwortung. Aber ich kann sie nicht teilen. Dabei will ich nicht verfassungsrechtlich, sondern pragmatisch argumentieren. Die wir in West und Ost damit beruhigen wollten, würden uns gerade dies nicht glauben.

(Beifall)

Sie würden sich eher an die schroffen Repliken halten, die ein solcher Versuch auslösen müßte. Wer uns mißtraut, würde uns auch einen solchen Verzicht nicht abnehmen. Und wer uns glauben würde, den brauchen wir so nicht zu beruhigen. Es liegt nicht in unserer Hand, ob wir Europa das Thema Deutschland zumuten wollen oder nicht. Wir tun es, weil und insofern es uns gibt; es kommt darauf an, wie wir es tun.

(Beifall)

Sicher sollten wir die Sprache überprüfen, in der wir unseren Konsens verständlich machen wollen, die Formeln, die bei unseren Nachbarn ganz anders wirken, als wir sie meinen. Wenn wir von Wiedervereinigung sprechen, dann hören unsere Nachbarn vor allem das „Wieder". Alles, so hören viele, soll wieder so werden wie in den 74 Jahren, in denen es einen deutschen Nationalstaat gab.

„Es war mir nie zweifelhaft", schreibt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerunen", „daß der Herstellung des Deutschen Reichs der Sieg über Frankreich vorhergehen mußte." Bismarck wußte: Ein Deutsches Reich setzte nicht nur die Niederwerfung der Habsburgermonarchie, sondern den militärischen Sieg über Frankreich voraus. Bismarck hat Europa den deutschen Nationalstaat durch eine geniale Diplomatie und drei siegreiche Kriege abgetrotzt. Geniale Diplomatie ist in Deutschland nicht die Regel. Und die Kriege können wir nicht mehr feiern, seit der so ertrotzte Nationalstaat im Inferno des von ihm ausgelösten Zweiten Weltkriegs in sich zusammenbrach.

(Beifall)

Nun sitzt in diesem Hause wahrscheinlich niemand, der den Nationalstaat der schimmernden Wehr und der auftrumpfenden Großmannssucht wieder haben wollte. Aber eben diese Erinnerungen schwingen mit, wenn unsere Nachbarn das Wort „Wiedervereinigung" hören. Wir müssen deutlich machen, daß wir

nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn.

(Lebhafter Beifall)

Auch das Reden von der „Deutschen Frage" hat seine Tücken. Ich weiß, daß dieser Begriff schon im 19. Jahrhundert seinen guten Sinn hatte. Er meint — zu Recht —, in und für Deutschland sei eben nicht alles so einfach wie für Frankreich oder Italien. Es gibt keine französische oder britische oder spanische, wohl aber eine deutsche Frage.

Problematisch an dieser Redeweise ist das, was ich das mathematische Denken in der politischen Sprache nennen möchte. In aller Welt und in allen Systemen streiten sich Politiker darüber, wie man Fragen, Probleme löst. Hier das Problem, dort die Lösung, wie in der Mathematik. Das mag im Einzelfall sinnvoll sein. Aber gerade bei den großen Themen der Politik erweist sich dieses Denken als unangemessen. Denn so mathematisch sauber geht es im menschlichen Leben und damit auch in der Geschichte der Menschen nicht zu. Probleme werden meist nicht, schon gar nicht ohne Rest, gelöst, meist werden sie entschärft, relativiert, auf eine andere Ebene gehoben, neu definiert oder auch nur überlebt.

Ich bin nicht sicher, ob es auf die „Deutsche Frage" nur eine Antwort, die endgültige Antwort gibt, die Lösung für das Problem, und eben dies schwingt im Begriff der „Deutschen Frage" mit. Die Lösung hat es bisher in tausend Jahren nicht gegeben. Was Bismarck Europa abgetrotzt hat, war offenbar nicht die Antwort auf die „Deutsche Frage". Aber eben auch nicht, was heute Wirklichkeit ist. Und diese Wirklichkeit ist schon nicht mehr dieselbe wie vor zwanzig Jahren. Was immer wir — oder unsere Kinder — erreichen können, wird wohl auch nur eine vorläufige Antwort, eine Zwischenantwort sein. Denn in dem Maße, wie Europa enger zusammenwächst und die Nationalstaaten in Europa aufgehoben werden, verändern sich die Antworten auf das, was wir „Deutsche Frage" nennen.

In der Geschichte — anders als in der Mathematik — ist auch das Gegenteil des Falschen noch lange nicht das Richtige. Wenn wir an der Spaltung, an Stacheldraht und Wachtürmen leiden, dann heißt dies noch nicht, das die Deutschen um so glücklicher sein müssen, je einheitlicher der Staat ist, in dem sie leben.

Müssen wir die Einheit, von der das Grundgesetz spricht, notwendig deuten als einen irgendwann erreichten Endzustand? Sind wir den Erfahrungen unserer Geschichte nicht näher, wenn wir sie verstehen als Geschehen, als Prozeß, als wachsende Gemeinsamkeit im Tun, im Verantworten? Dann wären wir aufgefordert, auf die Richtung dieses Prozesses einzuwirken, und das bedeutet heute konkret: dafür zu sorgen, daß, wenn die beiden Teile Europas sich näherkommen, auch die beiden Teile Deutschlands zusammenrücken, daß der Eiserne Vorhang nicht anderswo durchrostet, aber in Deutschland mit Rostschutzmitteln konserviert wird.

(Beifall)

Dabei könnte sich herausstellen, daß die Deutschen um so rascher zusammenfinden, je weniger sie sich selbst zum Thema machen und je mehr sie gemeinsam Impulse für den Frieden geben, an der Bewahrung der Schöpfung arbeiten und sich um die Lebenschancen der armen Völker kümmern.

(Beifall)

Wenn wir also sagen, die Deutsche Frage sei offen, dann möchte ich hinzufügen: Sie ist so offen wie alle Geschichte, und sie wird nach menschlichem Ermessen, wie alle Geschichte, nie geschlossen sein. Diese Frage ist auch insofern offen, als es nicht nur eine, wohl auch keine endgültige Antwort gibt. Aber wir wollen, daß alle Teilantworten sich an dem orientieren, was wir uns als Konsens erarbeitet haben. Wenn wir mehr geschichtlich und weniger mathematisch denken, wird die Kluft

zwischen feierlichem Reden und alltäglichem Handeln kleiner, die Kluft, aus der das Mißtrauen kommt.

(Beifall)

Dies mag komplizierter, differenzierter klingen als manches, was in Deutschland als patriotisch gilt. Aber wir wissen aus unserer Geschichte: Es ist leichter, die Nation mit simplen Parolen in Katastrophen zu führen, als umsichtig und mit Augenmaß ihren Nutzen zu mehren, Schaden von ihr zu wenden und ihrer Einheit zu dienen.

(Beifall)

Gerade wenn wir in Prozessen, nicht in Endzuständen denken, bleibt vieles unberechenbar. Dazu gehört die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik. Es gibt bei vielen Menschen dort so etwas wie ein DDR-Bewußtsein, ein manchmal fast trotziges Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem kleineren, ärmeren deutschen Staat, aus dem sie gerne etwas machen wollen. Wenn ich mich nicht täusche, war dieses Gefühl vor zwei Jahren stärker als heute. Aber noch dürfte es in der DDR eine Mehrheit geben, deren Hoffnung sich nicht auf das Ende, sondern auf die Reform ihres Staates richtet.

Wenn sich die Führung der SED allerdings weiterhin in jener realitätsblinden Selbstgefälligkeit übt, die wir aus den letzten Monaten kennen, dann könnte in weiteren zwei Jahren aus dieser Mehrheit eine Minderheit geworden sein.

(Beifall)

Wie angstvoll muß die SED-Führung die Wirklichkeit verdrängen, wenn sie meinen sollte, der Staat zwischen Oder und Elbe könne sich dem Geist des Wandels widersetzen, der über Moskwa, Bug und Weichsel schon das Ostufer der Oder erreicht hat!

(Beifall)

Es mag mit dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung zusammenhängen, daß die eiskalte Rechtfertigung der Pekinger Massaker durch die SED bei vielen Menschen hier wie dort weniger laute Empörung als stille Scham ausgelöst hat.

Viele Bürger der DDR empfinden, was vor Jahren Routine war, heute als Provokation. Nicht nur für uns im Westen hatten die Kommunalwahlen in der DDR etwas seltsam Irreales an sich. Da gab es alles, was zu einer Wahl gehört, Wahlkampf, Plakate, Kandidaten, eine Diskussion, die oft auch kritischer, offener war als früher, aber das alles war doch eher ein Schwimmkurs auf dem Trockenen. Was fehlte, war der Kopfsturz in das Schwimmbecken der Volksmeinung, der nun einmal zu einer Wahl gehört.

(Beifall)

Um beim Wasser zu bleiben: Wir sehen ja ein, daß sich die SED auf dünnem Eis bewegt. Aber hier handelt es sich nicht nur um dünnes, sondern um tauendes Eis, um das schmelzende Eis des Kalten Krieges. Und wer sich da nicht bewegt, aus Furcht, er könne einbrechen, dürfte dem kalten Wasser nicht entkommen. Es wird viel kälter sein als das im Schwimmbad.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn das Eis des Kalten Krieges unter unser aller Füßen schmilzt, kann die DDR auf Dauer nur überleben, wenn sie eine Funktion erfüllt, die ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern einleuchtet und den übrigen Europäern zumindest als interessant erscheint.

Vielleicht wäre es das Experiment, in einer industriell entwickelten Gesellschaft Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln nicht nur mit sozialer Sicherheit, sondern auch mit freier Diskussion zu verbinden, den für jede moderne Gesellschaft notwendigen Dialog über die Zukunft anders, aber eben doch ebenso wirksam und erfolgreich zu organisieren wie im Westen, ökologische Erneuerung ohne den Widerstand privatwirtschaftlicher Interessen exemplarisch zuwege zu bringen. Da ist der Phantasie keine Grenze gesetzt, nicht der unseren, sondern der Phantasie der Betroffenen innerhalb und außerhalb der SED, die dies alles wollen und noch manches dazu.

Aber all dies ist unvereinbar mit dem Monopol einer Partei auf Macht und auf Wahrheit.

(Lebhafter Beifall)

Es reicht am Ende des 20. Jahrhunderts nicht aus, jene Toleranz zu gewähren, auf die sich mancher Fürst des 18. oder 19. Jahrhunderts einiges zugute hielt, wenn er neben der privilegierten, staatlich gestützten und den Staat stützenden Wahrheit andere Konfessionen zu dulden beliebte.

Dialog ist nur möglich unter Gleichberechtigten. Daher bedeutet er Verzicht auf jede privilegierte Staatsdoktrin. Genau dies meinten die Delegierten aus allen Kirchen der DDR, die kürzlich in Dresden feststellten:

> Der grundsätzliche Anspruch der Staats- und Parteiführung, in Politik und Wirtschaft zu wissen, was für den einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes notwendig und gut ist, führt dazu, daß der Bürger sich als Objekt von Maßnahmen, als „umsorgt" erfährt, aber viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann. . . . Die dadurch gegebene Spannung zwischen Regierenden und Regierten verhindert den inneren Frieden, beeinträchtigt aber auch den Hausfrieden im gemeinsamen europäischen Haus.

Wer mit der Grundwertekommission der SPD einen Dialog unter Gleichberechtigten führen kann, bei dem keine Seite auf die Idee käme, nur die Wahrheit aus der Tasche zu ziehen, um sie stolz der andern unter die Nase zu halten, der muß auch in der Lage sein, in einen solchen freien, tabufreien, kritischen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Staates einzutreten.

(Beifall)

In dem Gemeinsamen Papier, das die Grundwertekommission der SPD mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED ausgearbeitet hat, ist davon die Rede, daß beide Seiten sich gegenseitig Existenzberechtigung, Reformfähigkeit und Friedensfähigkeit zugestehen. Gemeint waren die Gesellschaftssysteme, nicht die einzelnen Staaten. Ich bin aber bereit, dies auch auf die beiden deutschen Staaten zu beziehen. Was die Existenzberechtigung angeht, möchte ich heute hinzufügen: Keine Seite kann die andere daran hindern, sich selbst zugrunde zu richten. Was die Friedensfähigkeit betrifft: Wer möchte Michail Gorbatschow oder auch Erich Honecker die Friedensfähigkeit abstreiten? Sie sind nicht nur friedensfähig, sondern offenbar auch friedenswillig. Und was die Reformfähigkeit angeht, so geschehen im Osten inzwischen Dinge, die auch in der Grundwertekommission noch niemand ahnen konnte, als sie sich 1986 an die Ausarbeitung des Papiers machte. In diesem Papier sagen beide Parteien, jedes der Gesellschaftssysteme müsse auf die Reformfähigkeit des andern setzen, nicht auf seine Abschaffung. Auch dies möchte ich — über das Papier hinaus — auf die beiden deutschen Staaten beziehen. Aber ich tue es ohne Zuversicht, was die gegenwärtige Führung der SED betrifft. Was in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten ist, wenn sie in einem veränderten Europa die Loyalität ihrer Bürgerinnen und Bürger und den Respekt ihrer Nachbarn gewinnen soll, dürfte die Generation der 75jährigen überfordern, die um ihr Lebenswerk bangt, auch wohl die der 60jährigen, die nicht mehr vom Widerstand gegen Hitler, sondern vom begeisterten Gehorsam gegenüber Stalin geprägt wurde.

(Beifall)

Solcher Zweifel und solche Kritik kommen nicht aus der Unfähigkeit, die Welt aus der Perspektive des andern zu sehen. Sie kommen aus der Sorge, das, was sich heute in der Sowjetunion und zwischen den beiden Teilen Europas an Hoffnungsvollem anbahnt, könne dadurch gestört oder gar zerstört werden, daß in der DDR genau das geschieht, was die SED-Führung verhindern will, aber durch ihre Ängstlichkeit eher herbeizieht. Sozialismus wird in Europa nie uniform, aber — das wissen wir heute — er wird demokratisch oder er wird nicht sein.

(Beifall)

Vielleicht wird nun wieder — entgegen dem, was wir über eine Kultur des politischen Streits vereinbart haben — der Einwurf kommen, ich hätte mich in die inneren Angelegenheiten der DDR eingemischt. Nein, das will ich nicht. Aber ich will, daß sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR in die inneren Angelegenheiten ihres eigenen Staates einmischen können,

(Lebhafter Beifall)

und zwar nicht so, wie die SED dies zuträglich findet, auch nicht so, wie uns dies gefiele, sondern so, wie sie es selbst für richtig und nötig halten.

Ich habe gesagt, die SED bewege sich — oder bewege sich eher nicht — auf dem abschmelzenden Eis des Kalten Krieges. In gewissem Sinn gilt das auch für uns. Nicht, was die innere Stabilität dieser Republik angeht. Sie hält mehr aus als die DDR, übrigens auch weil ihre Parteien allesamt glücklicherweise viel weniger aushalten als die SED.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber im Verhältnis zu unseren Verbündeten spüren wir schon, daß das Eis des Kalten Krieges nicht mehr trägt.

Natürlich hatte die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigung so rasch nach einer militärischen und moralischen Katastrophe damit zu tun, daß jeder den andern brauchte. Die Vereinigten Staaten brauchten die Bundesrepublik zum Aufbau einer aktionsfähigen NATO, und die Deutschen suchten Schutz vor dem Stalinismus.

Ich weiß, solches Brauchen und Gebrauchtwerden gehört zu jeder Außenpolitik, aber wo es allzu offen dominiert, kann dauerhaftes Vertrauen nur schwer wachsen. Jetzt müssen wir unseren Platz in der westlichen Gemeinschaft behaupten, auch wenn das Brauchen und Gebrauchtwerden weniger dringlich wird.

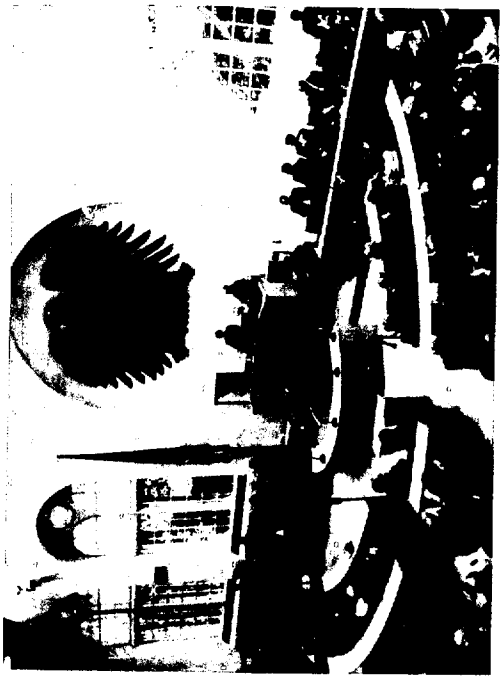
Die Bundesregierungen der neunziger Jahre werden es nicht leicht haben, die Wünsche und Rechte der Deutschen immer neu in Einklang zu bringen mit den widerstreitenden Interessen zweier Weltmächte, aber auch der Europäer in West und Ost, und dies auf dem Hintergrund eines geschichtlichen Schocks, der immer noch nachwirkt.

Vielleicht können wir diesen Regierungen die Arbeit dadurch erleichtern, daß wir einiges von dem Gift entsorgen, das immer noch aus den Müllhalden deutschlandpolitischer Argumente sickert.

Lassen Sie mich, wie sich dies gehört, bei mir selbst beginnen. Wie Sie wissen, habe ich meine politische Arbeit begonnen als Mitstreiter Gustav Heinemanns. Ich habe gegen die Politik Konrad Adenauers angekämpft mit der Begründung, so verspielten wir zumindest für dieses Jahrhundert die deutsche Einheit.

Dazu stehe ich auch heute. Das Jahrhundert neigt sich seinem Ende zu. Aber ich habe heute wesentlich mehr Verständnis für die Motive, das Geschichtsbild und die Vision Konrad Adenauers und damit auch für seine Geradlinigkeit, die grandiose Einseitigkeit und Härte seines Handelns.

Für mich ist die Grundentscheidung Adenauers auch heute weder die einzig mögliche noch die denkbar beste, wohl aber eine geschichtlich legitime, vor der deutschen und europäischen Geschichte verantwortbare. Adenauer hat durchgesetzt, was er im Interesse seines Landes mit vertretbaren Gründen für die zwingende Konsequenz aus der deutschen Geschichte



Gedenksitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1989.

hielt. Seine Entscheidung ist zur unbestrittenen Grundlage für das Handeln aller geworden. Sie hat eine Epoche unserer Geschichte eingeleitet, die sich — trotz der Spaltung — sehen lassen kann.

Wenn die linke Seite dieses Hauses dies so oder ähnlich sagt, könnte dies vielleicht die rechte Seite ermutigen, einen anderen Streit zu entschärfen oder gar zu beenden. Vielleicht könnte sie sagen: Natürlich hat Konrad Adenauer das getan, was in aller Regel das leidige Geschäft jedes handelnden Politikers ist: Er hat eine Prioritätsentscheidung getroffen. Ihm erschien, ganz gleich, wie ernst das Angebot Stalins vom 10. März 1952 gemeint sein mochte, die rasche Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem wichtiger, richtiger und dringlicher als die Auslotung eines Angebots, das bestenfalls zu jenem parlamentarisch-demokratischen, aber bündnisfreien Gesamtdeutschland geführt hätte, das er für gefährlich und gefährdet hielt. Für Adenauer war schlicht das eine besser als das andere — aus Gründen, die sich hören lassen —, und er hat durchgesetzt, was er für besser hielt. Kein Politiker bekommt alles auf einmal, sondern meist nur eines auf Kosten des andern. Warum sollte es bei Adenauer anders sein?

Und vielleicht könnte die Union hinzufügen: Im Grunde verhält es sich mit Brandts Ostpolitik ganz ähnlich. Sie war nicht der Vollzug eines Sachzwangs, über den sich nicht streiten ließe, aber sie war eine legitime Form deutscher Friedenspolitik, die Form, in der Willy Brandt glaubte, im Interesse der Deutschen Konsequenzen aus ihrer Geschichte ziehen zu müssen, und zwar nicht nur aus der Geschichte von 1933 bis 1945, sondern auch aus den Grundentscheidungen, die mit dem Namen Adenauer verbunden sind. Dies zu sagen müßte am Ende dieser Woche leichter sein als früher.

Wenn beide Seiten sich so gegenseitig zwar nicht die Richtigkeit, wohl aber die uneingeschränkte Legitimität, die volle Verantwortbarkeit ihrer Politik bescheinigen, könnten sie den

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Streit um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Absichten den Historikern überlassen.

Auch nach einer solchen Entgiftung gäbe es in der Deutschlandpolitik nicht eitel Eintracht. Aber die Sprache könnte sich ändern. Wir könnten z. B. endlich ein Wort verbannen, das eher den geistigen Bürgerkrieg als den demokratischen Streit signalisiert: das Wort „Verrat". Wir könnten gemeinsam sagen: Weder hat Adenauer die deutsche Einheit noch Brandt die deutschen Ostgebiete verraten.

(Beifall)

Sie taten — bei allem Risiko des Irrtums —, was sie für nötig hielten, um Schaden von unserem Volk abzuwenden.

Wenn in den neunziger Jahren die jeweilige Bundesregierung bei ihrem komplizierten Spiel mit vielen Bällen von einer wachsamen Opposition kritisiert wird, dann kann das hilfreich sein. Was wir uns aber nicht mehr leisten könnten, sind Auseinandersetzungen darüber, wer nun schon wieder, wie 1952 oder 1972, was verraten habe, die deutsche Einheit, Europa oder das Bündnis. Wir würden uns damit nach außen handlungsunfähig machen und nach innen nur denen zuarbeiten, die davon leben, nach Verrätern zu schnüffeln.

(Lebhafter Beifall)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in letzter Zeit werde ich vor allem von jüngeren Menschen gefragt, ob wir denn ein souveräner Staat seien. Ich pflege darauf zu antworten: Das ist nicht nur eine Sache der Paragraphen. Vielleicht sind wir so souverän, wie wir uns verhalten.

Und ich füge heute im Blick auf beide deutschen Staaten, auf ganz Deutschland hinzu: Je souveräner deutsche Politik wird,

desto weniger bedarf sie des souveränen Nationalstaats, um die Einheit der Deutschen darzustellen und zu festigen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Süssmuth:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Eppler, im Namen des ganzen Hauses für Ihre Ansprache, die ein wichtiges Ereignis in unserem Deutschen Bundestag ist. Ich denke, wir alle sind Ihnen dankbar für diese Ansprache.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir beenden diese Gedenkstunde des Deutschen Bundestages mit unserer Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)